

Das entsetzliche Erdbeben bringt den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zunehmend unter Druck. Eine Analyse der Hintergründe und möglicher politischer Folgen.

Erdoğan's PR-Manöver nach der Katastrophe

Die hohe Zahl an Toten, welche die beiden Erdbeben vom 6. Februar gefordert haben – zuletzt stand der Zähler bei über 47.000 –, und die Bilder von Appartementblocks, öffentlichen Gebäuden und Kliniken, die wie Kartenhäuser in sich zusammengefallen sind, haben Recep Tayyip Erdoğan's Regime bis ins Mark erschüttert. Nach über 20 Jahren an der Macht und als Vorsitzender der Partei, die in der von den Beben verwüsteten Region die allermeisten Bürgermeister stellt, kann der Staatspräsident die Schuld mangelnder Vorsorge niemand anderem in die Schuhe schieben.

Es gilt deshalb, das Image des Präsidenten und der Regierung erneut aufzupolieren. Ein Versuch in dieser Richtung war die pompös organisierte Spendensammlung am Freitag vergangener Woche. Mehr als 200 TV-Stationen und über 500 Radiosender übertrugen live ein sechs Stunden währendes Tamtam mit viel Beschwörung von nationaler Einheit und muslimischer Gemeinschaft. Die regierungsnahen Presse berichtet von knapp 19 Milliarden Dollar, die zusammengekommen sein sollen. Das ist freilich viel weniger als die 36,5 Milliarden Dollar, die der Bevölkerung während der Regierungszeit von Erdoğan als Sonderumlage zur Erdbebenvorsorge abgezwickelt worden sind. Die Gelder wurden jedoch nicht dafür verwendet, sondern für Autobahnen, Brücken, Tunneln und Flughäfen – Großprojekte, die sich die Regierungspartei als ihr Verdienst auf die Fahnen geschrieben hat.

„Wen wollt ihr hinters Licht führen?“

Wie sehr all das ein PR-Gag war, zeigt sich auch daran, dass der Großteil der Spenden in der Show von öffentlichen Stellen wie der Zentralbank, Staatsbanken und staatlichen Unternehmen stammt. Alles Institutionen, die von der Regierung abhängig sind und ihre Überschüsse ohnehin ans Schatzamt weiterleiten müssen. Was für ein Manöver! „Die öffentliche Hand spendet der öffentlichen Hand“, sagt dazu Ali Babacan, langjähriger Wirtschaftsminister Erdoğan's, der heute in Opposition zu ihm steht, seine eigene Partei gegründet hat und fragt: „Wen wollt ihr damit hinters Licht führen?“

Zur Propaganda gehört auch, dass die regierungsnahen Presse die Hilfe von Kommunen unter den Tisch kehrte, die nicht unter der

Herrschaft von Erdoğan's Partei sind. Regierungsnahen Fernsehsender brachten nur die Rettungsaktionen des staatlichen Katastrophenschutzes auf den Bildschirm – und blendeten die Lebensretter zivilgesellschaftlicher Gruppen aus. Gleich drei Oppositionsparteien beschwerten sich, von ihnen bestückte LKWs seien entweder aufgehalten oder gezwungen worden, die Hilfe als solche der Regierung oder von Erdoğan's Partei zu deklarieren.

Ein weiterer Schachzug, der das Ansehen von Erdoğan und seiner Partei vor der Wahl retten soll, ist die jetzt mit viel Medienrummel einsetzende Jagd auf Bauherren der in Trüm-



DIESSEITS
VON GUT
UND BÖSE

Von
Günter Seufert

„Die Opposition fürchtet, dass bei einer Wahlverschiebung gar kein Urnengang mehr stattfindet. Die Sorge ist berechtigt.“

mern liegenden Gebäude. Am vergangenen Sonntag waren bereits 131 dieser Unternehmer in Untersuchungshaft genommen worden, mancher am Flughafen kurz vor der Ausreise nach Georgien oder Montenegro, mancher im Hafen kurz vor der Überfahrt nach Griechenland oder im türkischen Nordzyprien. Gegen 430 andere laufen Ermittlungen. Mit den Verantwortlichen in den Kommunen, welche die Einhaltung von Bau- und Sicherheitsvorschriften überwachen sollten und die Genehmigung zum Bau erteilten, beschäftigen sich die Staatsanwälte bisher freilich nicht. Längst hat sich Erdoğan die Justiz untertan gemacht –

und die Staatsanwälte wissen, dass Ermittlungen in dieser Richtung die Freilegung der Korruption zur Folge haben würden, die in der Bauindustrie allgegenwärtig ist.

Tatsächlich steht das Land vor zwei eng miteinander verwobenen Problemen. Die Missachtung von Bauvorschriften und die dazugehörige Korruption sind älter als die Regierungszeit von Erdoğan. Das ist der Grund dafür, dass sich die Bilder von 2023 und die von 1999 gleichen, als östlich von Istanbul bei einem Erdbeben gut 17.000 Menschen starben. Wie in den 1980er und 1990er Jahren war auch in den 2000ern der Städtebau ein Tummelplatz korrupter Politiker, die sich für die Manipulation von Stadtentwicklungsplänen und für die Zuteilung von Bauland genauso bezahlen ließen wie die Beamten in den Stadtverwaltungen, wenn es um die Kontrolle der Einhaltung von Bauvorschriften ging. Wie lässt sich anders erklären, dass der Staatspräsident noch im Februar 2022, exakt ein Jahr vor den beiden Beben, die im Erdbebengebiet liegende Stadt Iskenderun angewiesen hat, als Risikogebiet eingestufte Flächen für die Bebauung freizugeben?

Angst vor „Regierungsputsch“

Unter der Herrschaft Erdoğan's hat sich die Lage aus zwei Gründen nicht gebessert und bisweilen gar verschlimmert: Erstens hat die überaus lange Regierungszeit von Erdoğan's AKP in der Zentralregierung und in den Kommunen die Netzwerke von Korruption und Vorteilmahme noch größer und fester gewoben und sie undurchdringbar gemacht; und zweitens hat es Erdoğan 2018 vermocht, dem Land ein Präsidialsystem „türkischer Art“ aufzuoktroieren, in dem er alle Fäden in der Hand hat und keine *checks and balances* mehr funktionieren.

Weil er alles entscheidet, fürchtet er jetzt, für alles die Verantwortung tragen zu müssen. Das ist der Grund, warum seine Getreuen die noch immer offiziell für den 18. Juni angesetzten Wahlen um ein Jahr verschieben möchten. „Regierungsputsch“ sagt dazu die Opposition und fürchtet, dass dann gar keine Wahlen mehr stattfinden könnten. Die Sorge ist berechtigt.

Der Autor ist bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin tätig (Forschungsschwerpunkt Türkei und Zypern) sowie freier Journalist.